



GEMEINDE
HARTENHOLM
KREIS SEGEBERG
FLÄCHENNUTZUNGSPLAN
16. ÄNDERUNG
 FÜR DAS GEBIET:
" Nördlich Jochenweg, östlich Mooramm "

Verfahrensmerkmale:

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang an den Bekanntmachungsstellen von / durch Abdruck in der / in amtlichen Bekanntmachungsblatt am erfolgt.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist am durchgeführt worden. Auf Beschluss der Gemeindevertretung vom ist nach § 3 Abs. 1 Satz 2 i. S. 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit abgesehen worden.
3. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom unterrichtet und zur Ausübung aufgefordert worden (§ 4 Abs. 1 BauGB). Die Verfahrensschritte zu den Verfahrensmerkmalen Nr. 2 und 3 sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt worden.
4. Auf Beschluss Gemeindevertretung vom ist nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgesehen worden.
5. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
6. Die Beteiligung der Nachbargemeinden, die von der Planung berührt sein können, ist erfolgt (§ 2 Abs. 2 BauGB).
7. Die Gemeindevertretung hat am den Entwurf des Flächennutzungsplanes, Änderung mit Begründung beschlossen und einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen zur Auslegung bestimmt.
8. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes, Änderung, die Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben in der Zeit von bis während der Dienststunden / folgender Zeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedem Mann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am in in durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden.
9. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt worden.
10. Die Verfahren zu den Verfahrensmerkmalen Nr. 4 und 6 sind gemäß § 4a Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt worden.
11. Der betroffenen Öffentlichkeit und den betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist mit Schreiben vom unter Fristsetzung bis zum gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden.
12. Die Gemeindevertretung hat die vorgeschriebenen Anordnungen sowie die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
13. Der Entwurf des Flächennutzungsplanes, Änderung, ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 6) geändert worden. Der Entwurf, die Begründung sowie die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen haben in der Zeit von bis erneut öffentlich ausliegen. Dabei wurde bestimmt, dass Anordnungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgetragen werden können. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Anordnungen während der Auslegungsfrist von jedem Mann schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am in in durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht.
14. Es wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB durchgeführt.
15. Die Gemeindevertretung hat den Flächennutzungsplan, Änderung, am beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt. Die Richtigkeit der Angaben in den vorstehenden Verfahrensmerkmalen Nr. 1 - 10 wird hiermit bestätigt.

GEMEINDE DEN
 BÜRGERMEISTER

PLANVERFASSER: KREIS SEGEBERG, DER LANDRAT, BAULEITPLANUNG

frühzeitige TfB-Beteiligung	örtentliche Auslegung	öffentliche Auslegung	Satzungs- beschluss	Bekannt- machung
--------------------------------	--------------------------	--------------------------	------------------------	---------------------

ZEICHENERKLÄRUNG:

Es gilt die Bauartungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) Es gilt die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts, Planzeicherverordnung 1990, (PlanZy 90), (BGBl. I 1991 S. 58).

- | | | |
|--------------------|---|------------------------|
| Planzeichen | Darstellungen | Rechtsgrundlage |
| | Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der 16. Flächennutzungsplanänderung | |
| | Mischgebiet | § 6 BauNVO |

11. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat mit Bescheid vom AZ den Flächennutzungsplan, Änderung, die Vorweggenehmigung von räumlichen und sachlichen Teilen des Flächennutzungsplanes, Änderung - mit Nebenbestimmungen und Hinweisen - genehmigt / erteilt.
Gemäß § 6 Abs. 3 BauGB wurde räumliche und sachliche Teile des Flächennutzungsplanes, Änderung von der Genehmigung ausgenommen.
GEMEINDE DEN
BÜRGERMEISTER
12. Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmung durch Beschluss vom erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein hat die Erfüllung der Nebenbestimmungen mit Bescheid vom AZ bestätigt.
GEMEINDE DEN
BÜRGERMEISTER
13. Die Erteilung der Genehmigung des Flächennutzungsplanes, Änderung, sowie die Stelle, bei der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, wurden am (vom bis) ortsüblich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung wurde auf die Möglichkeit einer Geltendmachung von Verfahrens- und Formverstößen und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) hingewiesen. Der Flächennutzungsplan, Änderung, wurde m/In am wirksam.

GEMEINDE DEN
 BÜRGERMEISTER